

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Naturschutz und Landwirtschaft müssen eine Koalition eingehen

Das Landwirtschaftsamt informierte die Landwirte über das Gesetz über die Ausrichtung von Bodenbewirtschaftungsbeiträgen

(G.M.) – Anbauprämien und Bodenbewirtschaftungsbeiträge sind zwei Stichworte, die von existentieller Bedeutung für unsere Landwirtschaft sind. Der Einladung des Landwirtschaftsamtes, das am Montagabend die Bauern zu einer Informationsveranstaltung eingeladen hatte, folgten deshalb sehr viele in der Landwirtschaft tätige Personen. Die im Anschluss an die Erläuterungen zur Gesetzesvorlage durchgeführte Diskussion zeigte auf, dass sich die Bauern grundsätzlich mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklärten, da und dort aber doch gewisse Unsicherheiten bestehen.

Das Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen für die Bodenbewirtschaftung, das die bisherige Form der Anbauprämien ablösen soll, wurde von Julius Ospelt, Leiter des Landwirtschaftsamtes, und Friedrich von Falz-Fein, Mitarbeiter beim Landwirtschaftsamt, erklärt. Zusätzliche Erläuterungen aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes gab Wilfried Marxer, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), der insbesondere auf das Spannungsfeld zwischen produktionsorientierter Landwirtschaft und dem schonenden Umgang mit den landwirtschaftlichen Böden durch entsprechende Bewirtschaftungsmethoden hinwies.

Landwirtschaft im Wandel

Friedrich von Falz-Fein ging einleitend auf die Problematik ein, der sich die Landwirtschaft von heute gegenüber sieht. Auf der einen Seite die Erfordernisse der Produktivität zur Sicherung der Einkommen, auf der anderen Seite die Forderung nach Schonung und Erhaltung des nicht vermehrbaren Bodens. Der



Das Landwirtschaftsamt hatte am Montagabend zu einer Informationsveranstaltung für die Landwirte über das neue Bodenbewirtschaftungsgesetz eingeladen. Der Singsaal im Schul- und Freizeitzentrum Resch in Schaan war bis auf den letzten Platz gefüllt, was auf das Interesse der Landwirte hinweist. Unser Bild zeigt auf dem Podium Julius Ospelt, Leiter des Landwirtschaftsamtes, vor der Versammlung.

technische Fortschritt geht nach seinen Worten auch in der Landwirtschaft weiter, was die Möglichkeit nach höheren Produktionszahlen einschliesst, während die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Gütern in unseren Breitengraden durch Überschüsse stagniert. Zudem steige die Kritik an den Umweltschädigungen durch die Landwirtschaft und die Nachfrage nach Umwelteleistungen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt nehme zu.

Ökologische Ausgleichsflächen

Ausgehend von diesem skizzierten Spannungsfeld erläuterte Julius Ospelt die Grundzüge des neuen Gesetzes über die Ausrichtung von Flächen- oder Bodenbewirtschaftungsbeiträgen. Er erinnerte

nochmals an die Vorgehensweise, wonach zuerst das landwirtschaftliche Leitbild geschaffen werden, bevor eine Einzelfrage wie die Bodenbewirtschaftungsprämien an die Hand genommen werden sei. Mit Nachdruck erklärte er, dass künftig auf allen Böden die Fruchtfolge vorgeschrieben sei und dass ökologische Ausgleichsflächen geschaffen würden. Ein spezielles Augenmerk richtete er auf die Bestimmungen zur schonenden Anbauweise durch den Biolandbau und die integrierte Anbauweise und unterstrich, dass die Prämien im Unterschied zu den bisherigen Anbauprämien nicht mehr allen Bewirtschaftern, sondern nur noch den Vollerwerbsbauern (oder mindestens mit 500 Arbeitskraftstunden) ausgerichtet würden.

Landschaftsschutz und Landwirtschaft

LGU-Geschäftsführer Wilfried Marxer zeigte die noch bestehende Problematik zwischen produktionsorientierter Landwirtschaft und den Schädigungen im Naturhaushalt auf. Am Beispiel des Verschwindens von Streuflächen im Eschner und Gampriner Riet in nur zehn Jahren konnte er anschaulich erklären, dass nicht nur die Landschaft eine Verarmung aufweise, sondern auch die Tierwelt erheblich zurückgegangen sei. Er forderte für die Zukunft eine der Natur angepasste Landwirtschaft und sprach sich für eine Koalition zwischen Naturschutz und Landwirtschaft aus.

Mehr über das Bodenbewirtschaftungsgesetz im Innern der heutigen Ausgabe.

Weniger neue Motorfahrzeuge

Die Zahl der neuen Motorfahrzeuge, die erstmals in Verkehr gesetzt werden, liegt dieses Jahr unter der Vergleichszahl des Vorjahres. Im Oktober wurden nach Angaben des Amtes für Volkswirtschaft insgesamt 164 (193) neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind dies 15 Prozent weniger.

Von den 164 neuen Fahrzeugen sind 130 (159) Personenwagen, 13 (12) Last- und Lieferwagen, 1 (4) Spezialwagen, 1 (-) gewerblicher Traktor, 2 (-) Omnibusse, 1 (6) Motorräder, 1 (-) landwirtschaftlicher Traktor und 15 (12) Motorräder.

Vom Januar bis Oktober wurden 2067 (2282) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt. Das sind 9,4 Prozent weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Bodenseerat mit FL-Beteiligung

Im «Bodenseerat», der am vergangenen Wochenende gegründet wurde, sind auch zwei Liechtensteiner vertreten. Gewählt wurden in dieses Gremium Regierungsssekretär Leonhard Vogt und Dr. Franz Beck, der früher als VU-Abgeordneter auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig war. Zum Präsidenten des Bodenseerates, der sich als demokratischer Unterbau der Internationalen Bodenseekonferenz versteht, bestellte die Versammlung den Konstanzer Landrat Robert Maus, zu Vizepräsidenten wurden der Bregenzer Bürgermeister Siegfried Gasser, der Thurgauer Nationalrat Ernst Mühlemann und der bisherige Rektor der Universität Konstanz, Horst Sund, gewählt.

Der Bodenseerat wird sich mit allen den Bodenseeraum betreffenden Fragen befassen und versteht sich als Vorreiter für eine «Euregio Bodensee». Dazu sollen in naher Zukunft Arbeitsgruppen geschaffen werden. Gesamthaft gehören dem Bodenseerat 44 Mitglieder aus Vorarlberg, Liechtenstein, den Schweizer Kantonen Thurgau, Appenzell, St. Gallen und Schaffhausen, den deutschen Landkreisen Konstanz, Sigmaringen, Ravensburg, Oberallgäu, Lindau an.

Über Atomausstieg abstimmen lassen

St.Gallen (spk) Fünf Jahre nach der Einreichung eines Volksbegehrens «Zukunft ohne Atomstrom» in der Stadt St.Gallen hat das Bundesgericht am Montagabend den langwierigen Rechtsstreit beendet. Es erklärte die Initiative für rechtsgültig und widersprach damit der Auffassung von Exekutive und Parlament der Stadt sowie von Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons St.Gallen.

Bei dieser Sachlage sei es nun Aufgabe des Stadtrates, dem Grossen Gemeinderat ohne Verzug eine Vorlage zu unterbreiten, in der dieser zum Inhalt des Initiativbegehrens Stellung zu nehmen hat, heisst es in einer Mitteilung der Stadtkanzlei.

Gegen Spekulationen im Immobilienwesen

Bern (AP) Die vor zwei Jahren im Kampf gegen die Immobilienspekulation erlassenen Sofortmassnahmen sind nach dem Willen des Nationalrates zu lockern: Die Sperrfrist für den Weiterverkauf von Grundstücken und die Beschränkung der Pfandbelastung sollen von fünf auf drei Jahre verkürzt sowie der Ausnahmekatalog im Notrecht gegen Kaskadenverkäufe erweitert werden. Mit 115 gegen acht Stimmen hat die Grosse Kammer am Dienstag entsprechende Anpassungen gutgeheissen.

Schweizer Mieterverband fordert SNB-Kurswechsel

Massagno (AP) Die Nationalbank soll einen geldpolitischen Kurswechsel vornehmen. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) fordert laut einer Mitteilung vom Dienstag in Massagno (TI) die Ergänzung der bisherigen Geldmengenziele durch Zinsziele. Die dogmatische Politik der Geldmengenbeschränkung habe die Zinsen in die Höhe getrieben, ohne die Inflation zu bekämpfen. Erwartet würden Signale an die Kapitalmärkte, damit ein erneuter Zinsanstieg vermieden werde.

In dem Brief zeigen sich SMV-Präsident Werner Carobbio sowie die Präsidenten der SMV-Sektionen der Deutsch- und der Westschweiz «ausserordentlich befremdet» über die Einmischung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in die sozialpolitische Domäne. Sie reagieren damit auf Äusserungen von SNB-Präsident Markus Lusser, der in einer Rede den Mieterschutz für die Teuerung verantwortlich gemacht habe. Dabei habe sich die Notenbank «bei ihrer Wirtschaftspolitik sozial blind verhalten und die sozialen Härten ihrer Hochzinspolitik ignoriert», schreiben sie. Die Nationalbank habe die sozialpolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft zu respektieren und ihre Geldpolitik in diesem Rahmen zu gestalten.

Vaduzer Kulturpreis an Regina Marxer verliehen

Verleihung des Josef Gabriel von Rheinberger-Preises – Radikale Auseinandersetzung mit der Welt

(TiKa) – Das Schaffen einer Frau, die ganz bewusst im Kunstschaffen neue Wege beschreitet, anerkennen und fördern, wollte das Preisgericht mit der Verleihung des Josef Gabriel von Rheinberger-Preises an Regina Marxer. Am Montagabend fand die festliche Übergabe des Kulturpreises der Gemeinde Vaduz an Regina Marxer statt. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Bürgermeister Arthur Konrad, das Preisgericht sowie Freunde und Verwandte fanden sich im Vortragssaal der Liechtensteinischen Musikschule ein, um an diesem Festakt teilzunehmen.

Das Programm eröffnete Bürgermeister Arthur Konrad mit einer kurzen Begrüssungsrede. Der Preis, so meinte er, sei Regina Marxer verliehen worden, um nicht nur ihr bisheriges Schaffen anzuerkennen, sondern auch ihr zukünftiges künstlerisches Schaffen. Der Preis solle eine Ermunterung zum Weitermachen auf ihrem ehrlichen Wege sein.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Bürgermeister Arthur Konrad überreichte am Montagabend den Gabriel von Rheinberger-Preis an Regina Marxer. (Bild: Brigitt Risch)

Konjunkturflaute bremst Kreditwachstum

Zürich (AP) Die Konjunkturflaute hat das Kreditgeschäft der Schweizer Banken deutlich gebremst. Nach Mitteilung der Nationalbank vom Dienstag hat sich die Kreditvergabe der Banken im dritten Quartal vor allem im Inland weiter abgeschwächt. Auf der Passivseite war der Zuwachs der Spargelder stärker als jener der Festgelder.

Die Bilanzsumme der 67 als Stichprobe für die Statistik verwendeten Banken lag Ende September um nur fünf Prozent über dem Stand vor Jahresfrist, wie es im Vorabdruck zum Monatsbericht November der Schweizerischen Nationalbank (SNB) heisst. Bei Ausklammerung der Dollarkursveränderung wuchsen die Bilanzsummen sogar bloss um drei Prozent.

Defizit von 1,6 Mia Franken

Schweizer Ständerat sagt ja zum Defizit-Budget 92

Bern (spk) Als Erstrat hat der Ständerat am Dienstag eines der Haupttraktanden der Winteression behandelt: Mit 28:1 genehmigte er das Bundesbudget 1992, das gemäss Ständeratsbeschluss ein Defizit von rund 1,6 Mrd Franken vorsieht. Ein Landesring-Rückweisungsantrag wurde mit 34:2 abgelehnt.

Der Ständerat hat das 2-Mrd-Budgetdefizit um 314 Mio auf 1,6 Mrd Franken gekürzt. Im Verkehrsdepartement EVED setzte er den Rotstift allerdings weniger heftig an als von der Finanzkommission beantragt: Anstatt um 290 Mio kürzte er bloss um 150, indem er die Streichung der ausserordentlichen allge-

meinen Strassenbeiträge an die Kantone (140 Mio) mit 21:11 ablehnte.

Massgebend für diesen Entscheid waren die kantonalen Infrastruktur-Interessen und die Konjunkturflaute im Baugebiet. Mit den gleichen Argumenten kämpfte eine bunt gemischte Kommissionsminderheit auch weitere Strassenbau-Kürzungsanträge, unterlag jedoch der Mehrheit und Finanzminister Otto Stich.

Beim Justizdepartement EJPD werden 42 Mio gespart, davon 37 Mio beim Bundesamt für Flüchtlinge; 35 Mio beim Asylbewerber-Taschengeld, 2 Mio beim Personal.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Brüsseler
500-g-Säckli
Fr. 1.65

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.